

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(77. - öffentliche - Sitzung am 22. September 2021)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

hierzu: **Eingaben** 02377/01/18 und 02863/01/18

Der - mitberatende - Ausschuss begann mit der Behandlung des **Einzelplanes 11** - Justizministerium - unter Einbeziehung der Mittelfristigen Planung. Er nahm die **Einbringung** durch die Justizministerin entgegen und führte eine **allgemeine Aussprache** durch.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung zurück.

3. **Stand der Ermittlungen gegen die Geldwäschebekämpfungseinheit des Bundesfinanzministeriums wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt**

Der Ausschuss nahm einen Unterrichts Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen an und nahm eine Unterrichtung durch die Justizministerin und Angehörige ihres Hauses entgegen. Der Ausschuss bat die Ministerin, weitere Informationen schriftlich nachzureichen.

4. **Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8340](#)

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU lehnte der Ausschuss den Vorschlag des Ausschussmitgliedes der Grünen, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen, ab. Der - federführende - Ausschuss nahm in Aussicht, die Antragsberatung in einer der nächsten Sitzungen - im Zuge der Haushaltsberatungen - abzuschließen.